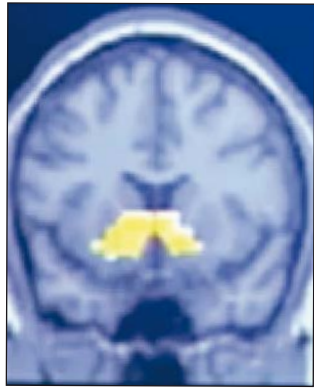


Blickpunkt

■ PorNo



Sie sind kostenlos und rund um die Uhr verfügbar: Schon Kinder haben über Smartphones oder Computer Zugang zu (Hardcore-) Pornos. Inwieweit sie dies beeinflusst und ob es einen Zusammenhang zwischen Pornografie und Gewalt gibt, ist umstritten. Neurowissenschaftler fanden bei zwanghaft Pornos Guckenden doppelt soviel Hirnaktivität im Belohnungszentrum – eine Reaktion wie bei Drogenabhängigen. **Seite 3**

Barrierefreiheit

■ Hürden im Kopf



Barrierefreiheit bekommt im öffentlichen Raum einen immer größeren Stellenwert. In Hamburg sollen „Scouts“ in einem Pilotprojekt Barrieren in Arztpraxen finden (im Bild: Projektleiterin Kerstin Hagemann, Foto: Patienten-Initiative). Die Barrierefreiheit für psychisch kranke Menschen spielt dabei aber keine Rolle – obwohl es gerade in diesem Bereich noch viel zu tun gibt, wie nicht zuletzt eine Veranstaltung in Lübeck zeigte. **Seite 9**

Bücher

■ Grenzen setzen!



Eltern müssen nicht nur für sich, sondern auch für ihre Kinder auf ihre eigene Gesundheit achten. Deshalb sollten sie auch loslassen können und Grenzen setzen, meint Janine Berg-Peer in ihrem Buch „Aufopfern ist keine Lösung.“ Sie schreibt aus jahrzehntelanger Erfahrung in Begleitung ihrer psychisch erkrankten Tochter. Rezensiert hat ihr Buch der Angehörigenvertreter Dr. Hans Jochim Meyer. **Seite 16**

Neue Hoffnung Cannabis

■ Kann Cannabidiol Neuroleptika ersetzen?
Ab 2017 Kassenrezepte für Schmerzpatienten

Die neue Hoffnung für Psychose- kranke kommt aus der Natur. Eine Substanz aus der Hanfpflanze, das Cannabidiol, kurz CBD, stärkt offenbar die körpereigene Abwehr gegen psychotisches Erleben. Im Rahmen einer kleinen Studie zeigte sich der pflanzliche Wirkstoff als ebenso wirksam, aber besser verträglich als das zugelassene Antipsychotikum, das die Kontrollgruppe erhielt. Vor einer Selbstbehandlung mit illegal erworbenem Cannabis wird wegen der unterschiedlichen Zusammensetzungen und Züchtungen und wegen des THC-Gehalts gewarnt. Unterdessen können Schmerzpatienten etwas aufatmen: Ab kommendem Jahr sollen sie Cannabis legal auf Kassenrezept erhalten. Ein entsprechender Gesetzesentwurf wurde jetzt auf den Weg gebracht.

land forscht Prof. Markus Leweke vom Zentralinstitut für Seelische Gesundheit Mannheim seit längerem über den Nutzen cannabishaltiger Arzneien. Leweke testete CBD im Rahmen einer doppelblinden, randomisierten Studie mit rund 40 Patienten mit akuter Schizophrenie: 20 Patienten bekamen CBD, die andere Hälfte erhielt Amisulprid. CBD erwies sich als ebenso gut wirksam – und besser verträglich als das Neuroleptikum, das Bewegungsstörungen und Gewichtszunahme hervorrufen und das Diabetesrisiko erhöhen kann, so das Forscherteam in einem Bericht in der Fachzeitschrift „Translational Psychiatry“ (2012 March 2(3): e94). Mehr Erkenntnisse erhofft sich die Fachwelt von einer laufenden europäischen Studie mit 150 Akutpatienten.

Schwerkranke Schmerzpatienten sollen spätestens im Frühjahr 2017 Cannabis ganz legal auf Kassenrezept bekommen können. Damit solle es schwer erkrankten Patienten ohne Therapiealternative ermöglicht werden, getrocknete Cannabisblüten und Cannabisextrakte in kontrollierter Qualität auf ärztliche Verschreibung in Apotheken zu erhalten. Der Bedarf soll durch Im-

port gedeckt werden, solange es keinen staatlich kontrollierten Anbau in Deutschland gibt. Dies setze eine Cannabisagentur voraus, erläuterte Bundesgesundheitsminister Hermann Gröhe. Parallel zur Kostenerstattung soll eine Begleitforschung auf den Weg gebracht werden.

Bisher bekommen in Deutschland rund 5000 Patienten Cannabiswirkstoffe in Form von Tropfen oder Sprays. Das berichtete die „Welt“. Etwa 500 Kranke würden aufgrund von Sondergenehmigungen mit Cannabisblüten zum Rauchen versorgt. Dieser Bedarf wurde bisher mit Importen vor allem aus den Niederlanden gedeckt.

Der Hanfverband beharrt außerdem weiter auf eine Zulassung von Eigenanbau durch die Patienten. Nur so könne die große Sortenvielfalt des Hanfes von diesen optimal für ihre Krankheiten genutzt werden. Die Deutsche Schmerzgesellschaft e. V. begrüßte den Entwurf. Cannabinoide seien vor allem für einzelne, ausgewählte Patienten hilfreich, bei denen die gebräuchlichen Schmerzmittel versagen, z.B. bei multipler Sklerose, einer Querschnittslähmung oder Nervenverletzung.



„Emma nach Mitternacht“ alias Katja Riemann auf Sendung. Foto: SWR

„Bloch“ ist jetzt eine Frau

■ Katja Riemann als „Nachtpsychologin“

Emma ist ein großes Geheimnis, eine coole Reisende, eine Radio-Nachtpsychologin wie es sie so nicht gibt, die ebenso ungewöhnlich wie anarchisch im Zweifelsfall einfach an den Ort des Psychodramas wechselt. Das erinnert an „Bloch“, die Serie, die Dieter Pfaff auf den Leib geschrieben schien, der 2013 verstarb. Und in der Tat ist „Emma nach Mitternacht“ mit Katja Riemann in der Hauptrolle das Nachgängerformat – mit einer Figur, die sich aber nicht nur durch das Geschlecht deutlich vom Vorgänger ab-

hebt, sondern die auch beweglicher daher kommt. Am Mittwoch, 18. Mai, 20.15 Uhr, ARD, wird die neue SWR-Reihe mit „Der Wolf und die sieben Geiseln“ eröffnet. Ein psychotischer Geiselnnehmer ruft in der Radiosendung an, in der Emma per Zufall auf dem Moderatorenstuhl landet, den sie aber schon bald verlässt, um dem Geiselnnehmer auf die Pelle zu rücken. Im Mittelpunkt der zweiten Folge „Frau Hölle“ (8. Juni, 20.15 Uhr) wird dann eine suizidgefährdete Ingenieurin stehen, die von Corinna Harfouch gespielt wird.

Erstmal keine Cannabis-Modellprojekte

■ Kontrollierte Abgabe: Bremen plant Bundesratsinitiative

BREMEN/HAMBURG (fmg). Modellversuche zur kontrollierten Cannabis-Abgabe an Erwachsene wird es wohl in den nächsten fünf bis sechs Jahren nicht geben. Diese Einschätzung vertrat Dr. Jens Kalke vom Institut für interdisziplinäre Sucht- und Drogenforschung Hamburg bei der 16. Forumsveranstaltung Sucht in der Hansestadt. Der Widerstand sei derzeit noch groß. Er verwies darauf, dass Hamburg 2015 wegen mangelnder Erfolgsaussichten darauf verzichtet habe, einen entspre-

chenden Antrag zu stellen. Die Regierungsfaktionen von Grünen und SPD hielten letztlich die gesetzlichen Hürden für einen Modellversuch für zu hoch und die Chancen, dass das Bundesinstitut für Arzneimittel und Medizinprodukte (BfARM) einen Antrag bewilligen würde, für nicht realistisch.

Das sieht offenbar auch die Bremer Bürgerschaft so. Sie gab dem Senat im April deshalb grünes Licht, eine Bundesratsinitiative zu starten, um die Grundlage für einen Modellversuch zum kon-

trollierten Cannabis-Verkauf an Erwachsene zu schaffen. Hat die Initiative Erfolg, könnte jedes Bundesland selbst über einen Modellversuch entscheiden. Das BfARM wäre dann außen vor.

Die Bremer CDU-Opposition nannte das Vorhaben der rot-grünen Koalition eine „unverantwortliche Drogeneinstiegspolitik“. Bislang stellte nur der Berliner Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg einen Antrag auf ein Modellprojekt – und holte sich beim BfARM eine krachende Abfuhr.

AUS DEM INHALT

TRAUMA	KULTUR
Seelische Hilfe in der Großunterkunft S. 5	Musik ohne Gesang: Der Chor der Hände S. 11
MENSCHEN	SUCHT
Diotimapreis für Prof. Christine Knaevelsrud S. 6	Abstinenz, Akzeptanz – und zwei neue Chefs S. 13
SCHLESWIG-HOLSTEIN	SUCHT
Ein Pool an Erfahrung: Das ABC-Team in Geesthacht S. 7	Die besonderen Probleme süchtiger Wohnungsloser S. 14
HAMBURG	PFLEGE
Ambulante Sozialpsychiatrie: Die Zwischenbilanz S. 8	Der Betrug mit der ambulanten Pflege S. 15
BREMEN	BÜCHER
Historische Patientenakten vom Dachboden ausgewertet S. 10	Kritische Streitschrift über Abwege in der „Demenzszene“ S. 17

Milliadin stiftet 100 Millionen

BERLIN (epd). Aufklärung über Demenz, berufliche Orientierung für Flüchtlinge und ein Paten-Projekt für benachteiligte Grundschüler – das sind die ersten drei gemeinnützigen Vorhaben, die BMW-Großaktionärin Susanne Klatten – die als reichste Frau Deutschlands gilt – finanziell unterstützen will. Für die kommenden fünf Jahre stellt sie insgesamt 100 Millionen Euro zur Verfügung, für 100 gemeinnützige Organisationen oder Vereine. Bei der Auswahl stützt sie sich auf das Analyse- und Beratungshaus Phineo, das nach eigenen Angaben bereits 800 gemeinnützige Organisationen auf ihre Wirksamkeit überprüft. Von 2017 an solle es außerdem themenspezifische Ausschreibungen geben. Gefördert werden sollen Projekte in vier gesellschaftlichen Bereichen. Darunter fallen Initiativen mit dem Ziel, Menschen mit gesundheitlichen oder sozialen Benachteiligungen mehr am Leben teilhaben zu lassen. Zudem sollen Projekte gefördert werden, die Herausforderungen einer alternden Gesellschaft bewältigen helfen. So wie die Deutsche Alzheimer Gesellschaft, die mit dem Fördergeld in einer bundesweiten Kampagne über Demenz aufklären will. Bislang hätten Schulungen im Umgang mit Demenzzkranken nur vereinzelt ausgerichtet werden können, sagte Geschäftsführerin Sabine Jansen. Es sei jedoch notwendig, die breite Öffentlichkeit viel mehr für das Thema zu sensibilisieren, etwa Polizisten und Verkäufer.

IMPRESSUM

Verlagsanschrift:

Vitanas GmbH & Co. KGaA
Vitanas Sozialpsychiatrisches
Centrum Koog-Haus
Eppendorfer
Koogstraße 32
25541 Brunsbüttel
Telefon: (04852) 96 50-0
Telefax: (04852) 96 50-65
E-Mail: koog-haus@vitanas.de

Herausgeber:

Matthias Roller
Vitanas Gruppe
Michael Dieckmann
AMEOS Gruppe (V.i.S.d.P.)
Internet: www.eppendorfer.de
www.kooghaus.de
www.vitanas.de
www.ameos.eu
Redaktionsleitung,
Layout und Satz
Anke Hinrichs (hin)
Redaktionsbüro NORDWORT
Große Brunnenstr. 137
22763 Hamburg
Tel.: 040 / 41358524
Fax: 040 / 41358528
E-Mail: ahhinrichs@aol.com

Mitarbeiter dieser Ausgabe:

Sönke Dwenger, Ilse Eichenbrenner,
Michael Freitag (frg), Esther
Geißlinger (est), Michael Götsche
(gö), Annemarie Heckmann (heck),
Ingrid Hilgers (hil), Gesa Lampe (gl),
Dr. Verena Liebers,
Dr. Heidrun Riehl-Halen (hrh),
(rd) steht für Redaktion,
Agentur: epd

Druck: Boyens MediaPrint, Heide
Es gilt die Anzeigenpreisliste 2016.
Der Eppendorfer erscheint zehnmal
im Jahr und kostet jährlich 39,50 Euro.
Für unverlangt eingesandte
Manuskripte und Fotos wird
keine Gewähr übernommen.

Männer und Frauen sind gleichbe-
rechtigt – aber Texte müssen auch
lesbar sein. Wegen der besseren Les-
barkeit hat sich die Redaktion ent-
schieden, auf die zusätzliche Nutzung
der weiblichen Form zu verzichten.

Gesetz mit Tücken

■ Bundesteilhabegesetz nach
langem Ringen auf den Weg gebracht

Das Bundesteilhabegesetz, das Menschen mit Behinderungen ein eigenständigeres Leben ermöglichen soll, ist nach langem Ringen endlich auf dem Weg in die Gesetzgebung. Bundesarbeitsministerin Andrea Nahles (SPD) sprach von einer der „größten sozialpolitischen Reformen in dieser Legislaturperiode“. Das Gesetz befindet sich inzwischen in der Ressortabstimmung innerhalb der Bundesregierung. Kritik kam unter anderem von der Bundesbehindertenbeauftragten. Der Paritätische Wohlfahrtsverband forderte eine grundlegende Überarbeitung. Die derzeitigen Pläne zielten in erster Linie auf Kostenbegrenzung, nicht aber auf die gleichberechtigte und selbstbestimmte Teilhabe von Menschen mit Behinderung, so der Verband in einem Brief an Nahles.

BERLIN (epd). Mit dem Bundesteilhabegesetz will die Bundesregierung die UN-Behindertenrechtskonvention umsetzen. Die verlangt, dass die Hilfe für Behinderte nicht nur als Fürsorge gewährt wird, sondern als Chance zur umfassenden gesellschaftlichen Teilhabe begriffen wird. Nach dem neuen Gesetz sollen behinderte Menschen beispielsweise selbst wählen dürfen, wo und wie sie wohnen. Der Bezug von Sozialleistungen soll außerdem nicht mehr an die Wohnform gekoppelt werden, sondern sich am jeweiligen individuellen Bedarf ausrichten.

Ein zentraler Punkt ist auch die oft kritisierte Anrechnung von Einkommen und Vermögen auf die Behindertenhilfe, die bislang als Sozialleistung gilt. Die sogenannte Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderung soll ab

2020 gänzlich von den sogenannten Fachleistungen getrennt werden, hieß es. Bis dahin soll es Verbesserungen in mehreren Schritten geben. Bereits ab 2017 sollen der Einkommensfreibetrag um 260 Euro, der Vermögensfreibetrag auf 25.000 Euro angehoben werden. Ab 2020 soll ein Vermögensfreibetrag von 50.000 Euro gelten – bislang liegt dieser bei gerade einmal 2600 Euro. Teil des Gesetzes ist zudem ein „Budget für Arbeit“, über das Arbeitgeber einen Teil des Gehaltes erhalten können, wenn sie jemanden mit Behinderung einstellen. Von den Gesetzesänderungen profitieren nach Angaben des Bundessozialministeriums rund 16,8 Millionen Menschen mit bestehenden oder drohenden Behinderungen sowie 7,5 Millionen Menschen mit Schwerbehinderungen.

Die Bundesbehindertenbeauftragte Verena Bentele, forderte Nachbesserungen, etwa bei der Anrechnung von Einkommen und Vermögen. Sie erwarte „ein klares Bekenntnis zum Einstieg in den Ausstieg“ aus der Anrechnung. Die Diakonie Deutschland und der Bundesverband evangelische Behindertenhilfe (BeB) lobten, dass es zu einem Systemwechsel bei den Leistungen für Menschen mit Behinderung kommen soll. Die Eingliederungshilfe werde aus der Sozialhilfe herausgelöst und zu einem modernen Teilhaberecht weiterentwickelt. Doch das geplante Gesetz habe auch Schwächen, sagte Diakonievorstand Maria Loheid. Besonders aufmerksam wolle die Diakonie die Veränderungen für chronisch psychisch kranke Menschen verfolgen, die möglicherweise nicht mehr im heutigen Umfang Leistungen der Eingliederungshilfe erhalten würden.

Zahl der Drogentoten wieder gestiegen

■ Neues Gesetz verbietet
sogenannte Legal Highs

BERLIN. In Deutschland ist die Zahl der Drogentoten zum vierten Mal in Folge gestiegen. 2015 starben 1.226 Menschen und damit 19 Prozent mehr als 2014 (1.032 Todesfälle) an den direkten oder indirekten Folgen des Konsums, wie die Drogenbeauftragte der Bundesregierung, Marlene Mortler (CSU), mitteilte. Sie stellte gemeinsam mit dem Präsidenten des Bundeskriminalamts (BKA), Holger Münch, den Jahresbericht zur Rauschgiftkriminalität vor. Demnach gehen etwa zwei Drittel der Todesfälle auf Vergiftungen durch Opiate zurück.

Mortler sagte, Heroin sei mit Blick auf alle Todesfälle „nach wie vor die illegale Droge Nummer 1“. Einen Anstieg hätten die Behörden aber auch bei Crack und Crystal Meth verzeichnet. Die Statistik zeige, dass 84 Prozent der Drogentoten Männer seien. BKA-Präsident Münch sagte, mit großer Sorge werde eine Zunahme bei erstmals auffälligen Konsumenten harter Drogen beobachtet. Im Fall von Heroin sei nach jahrelang rückläufigen Zahlen wieder ein Anstieg von 15 Prozent registriert worden, bei Kokain sei es ein Plus von sieben Prozent. Bei synthetischen Drogen sei der wachsende Trend seit 2010 ungebrochen, sagte Münch weiter. Die An-

zahl erstaufrälliger Konsumenten von Crack habe sich mehr als verdoppelt (235 Fälle). Auch bei LSD und Ecstasy weise die Statistik dabei einen Anstieg auf. Der Drogenhandel verlagere sich nach Münchs Angaben verstärkt ins Internet.

Dort sind auch die synthetischen Drogen erhältlich, deren Verbreitung künftig durch das Neue-psychoaktive-Stoffe-Gesetz (NpSG) besser bekämpft werden soll. Dieses regelt ein weitreichendes Verbot der neuen psychoaktiven Stoffe (NPS). Erwerb, Besitz und Handel mit NPS werden unter Strafe gestellt. Nach Angaben der Bundesdrogenbeauftragten sind allein im vorigen Jahr 39 Menschen nach dem Konsum von NPS gestorben. Der vom Bundesgesundheitsministerium (BMG) erarbeitete Gesetzentwurf schließt eine Regelungslücke im Betäubungsmittelrecht, das bislang nur einzelne Stoffe verbietet, erläuterte die Pharmazeutische Zeitung. Sobald deren chemische Struktur minimal verändert wird, fallen sie nicht mehr unter das Verbot. Im NpSG seien nun zum einen mit Amphetamin verwandte Stoffe erfasst. Des Weiteren berücksichtige das Gesetz die Stoffgruppe der Cannabimimetika, sprich synthetischen Cannabinoide.

Brief aus der Hauptstadt



Zentrum der Macht: der einst von Christo verpackte Reichstag.

Vielleicht kompatibel?

Den ganzen Tag ploppen neue Emails auf meinem Bildschirm auf. Keine Ahnung, wie wir analog jemals eine DGSP-Jahrestagung zustande gebracht haben. Unsere Berliner Vorbereitungsgruppe ist hervorragend mit der Geschäftsstelle in Köln vernetzt, und ständig treffen die Namen neuer Referenten ein. Vor der großen Tagung in der Charité vom 6. - 8. Oktober 2016 für die Erwachsenen wird es eine sogenannte Pre-Tagung in der Katholischen Hochschule für Soziales geben. Der Titel lautet: „Don't panic. Per Anhalter in die Sozialpsychiatrie.“ Die Tagung organisieren junge Leute für junge Leute, und die sind wirklich fix: <http://www.facebook.com/events/583769565137288/>

Heute, am 4. Mai schreibe ich diesen Brief zu Ende. Ich wollte unbedingt noch die Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales in unserem Abgeordnetenhaus abwarten. Das Prozedere kenne ich inzwischen: Vorher im Internet anmelden, zwischen den Touristen über den Potsdamer Platz in Richtung Martin-Gropius-Bau schlendern, und dann erstmal durch den Sicherheitscheck.

Heute geht es unter Punkt 3 der Tagesordnung erneut um den Entwurf „Gesetz über Hilfen und Schutzmaßnahmen bei psychischen Krankheiten“ kurz PsychKG. Doch vorher kommt die „Aktuelle Viertelstunde“. Senator Czaja wird zum Thema Flüchtlinge befragt. Ja, es kommt zu Problemen beim Übergang in das SGB II bei Flüchtlingen in Notunterkünften. Das hänge damit zusammen, dass die Flüchtlinge dort ja nicht kochen können, und im Grunde genommen ihre Verpflichtung aus ihrem Regelsatz beim Betreiber selbst bezahlen müssten. Hier sei aber auf Bundesebene eine Lösung in Arbeit. Schon aus diesem Grund sollen Flüchtlinge möglichst rasch in reguläre Unterkünfte, am besten in eigene Wohnungen.

Die „Piraten“ wollen wissen, welche Folgen das am 1. Mai in Kraft getretene Zweckentfremdungsverbot für die in Ferienwohnungen untergebrachten Flüchtlinge habe? Czaja nennt Zahlen. Im 1. Quartal 2016 konnten bereits 600 Flüchtlinge Privatwohnungen anmieten. Die Unterbringung in Ferienwohnungen sei nur dann weiter möglich, wenn der Besitzer keine Tagessätze sondern eine angemessene Monatsmiete verlange. Kein Flüchtling

werde aus diesem Anlass wohnungslos. 2000 Flüchtlinge sind zurzeit in Hostels untergebracht, die alle aktuell überprüft werden. Die zuletzt verlangte Prognose zukünftiger Flüchtlingszahlen kann Czaja nicht abgeben.

Ist der vorliegende Entwurf des PsychKG mit der UN-BRK kompatibel? Dr. Valentin Aichele, Leiter der Monitoringstelle des Deutschen Instituts für Menschenrechte verneint dies ganz klar, Patrizia di Tolla für die Berliner Gesellschaft für Soziale Psychiatrie ebenfalls. Dr. Sabine Müller von der Deutschen Gesellschaft für Psychiatrie und Psychotherapie, Psychosomatik und Nervenheilkunde ist der Ansicht, dass UN-BRK und Entwurf kompatibel sind. Natürlich argumentieren alle Redner differenziert, trotz der polemischen Zwischenrufe aus dem Auditorium.

Christian Reumschüssel-Wienert vom Paritätischen Wohlfahrtsverband hält den Entwurf für kompatibel, schlägt aber vor, noch deutlicher zu machen, dass die Zwangsunterbringung nur das letzte Mittel sein darf. Der Landesbeauftragte für Behinderte berichtet von Zwangsräumungen, von denen manche seiner Ansicht nach hätten verhindert werden können, wenn der Sozialpsychiatrische Dienst das im Entwurf vorgesehene und allseits kritisierte Zutrittsrecht zur Wohnung bereits gehabt hätte.

Oliver Schruoffenegger (Bündnis 90/Die Grünen) schlägt vor, den Entwurf aufzuspalten: Die Hilfen könne man doch bereits jetzt quasi als Psychiatrieplanung in Gesetzesform verabschieden, und sich mit der Zwangsthematik die notwendige Zeit lassen.

Ich suche nach der langen Bank, auf die das ganze Gesetz nun vermutlich geschoben wird.

Ilse Eichenbrenner

Betrifft: Abs.:

Die Autorin arbeitete als Sozialarbeiterin im Sozialpsychiatrischen Dienst Berlin-Charlottenburg und ist seit Jahrzehnten der Deutschen Gesellschaft für Soziale Psychiatrie und ihrem Berliner Landesverband eng verbunden. Sie hat mehrere Bücher verfasst und ist Redaktionsmitglied der Zeitschrift „Soziale Psychiatrie“.

Nur noch Pornos im Kopf

■ Inwieweit gefährden frei zugängliche (Hardcore-) Sexfilme Jugendliche? Experten schlagen Alarm – und streiten. Unter anderem darüber, ob Pornos sexuelle Gewalt befördern

Sie sind kostenlos und rund um die Uhr verfügbar: Schon Kinder haben über Smartphones oder PCs Zugang zu (Hardcore-) Pornos. Inwieweit sie dies beeinflusst und ob es einen Zusammenhang zwischen Pornografie und Gewalt gibt, ist umstritten. Derweil gibt es deutliche Hinweise darauf, dass Jugendliche anfälliger für die Entwicklung von Suchtverhalten sind, da sich das pubertierende Hirn in dieser Phase „im Umbauprozess“ befindet. Dass es Pornosucht gibt, ist wissenschaftlich nicht ausreichend bewiesen, es gilt nicht als Erkrankung. Aber offenbar lassen sich immer mehr Betroffene helfen. Erkundungsbericht über ein gesundheitlich und gesellschaftlich beunruhigendes und bedrohliches Phänomen.

Weltweit schaut niemand mehr Pornos als die Deutschen: Über zwölf Prozent aller Seitenaufrufe betrafen im Juni 2013 pornografisches Material. Die Bundesrepublik gehört zu den größten Pornomärkten der Welt. Selbst Kinder und Jugendliche haben heute über ihre Smartphones Zugriff auf entsprechende Filme und Bilder. Das Verbot des Zugänglichmachens von pornografischem Material an unter 18-Jährige nach Paragraph 184 StGB erscheint angesichts dieser Realität wie ein zahnlöser Wolf. Wie wirkt sich die allgegenwärtige Pornografie auf die Menschen und ihre Sexualität aus? Wächst eine sexuell verrohte Generation heran? Diese Themen sind heiß umstritten. Während die einen Experten Entwarnung geben, sehen andere einen Zusammenhang zwischen Pornografie und sexualisierter Gewalt. Offenbar leiden manche Menschen auch unter einer regelrechten Sucht nach Pornos. Die Internetpornografiesucht ist allerdings bislang keine anerkannte Erkrankung. Dennoch lassen sich offenbar immer mehr Betroffene von Therapeuten helfen.

Der Psychotherapeut Dr. Kornelius Roth aus Bad Herrenalb hat sich sogar auf Pornosucht spezialisiert. In der Ärztezeitung vom 19. Februar 2016 berichtete er von den Problemen der Betroffenen. Sie reichten von veränderten sozialen Beziehungen, finanziellen und gesundheitlichen Einbrüchen bis hin zu Konflikten mit dem Gesetz. Das Alter, in dem die Betroffenen Hilfe suchten, sei im Laufe der Jahre immer weiter gesunken, viele seien erst Anfang 20. Er gehe zudem von einer steigenden Anzahl von Pornosüchtigen aus.

Selbst die Domina und Autorin Karolina Leppert sieht Auswirkungen übermäßigen Pornokonsums: In der Talkshow „nach9“ sprach sie am 18. März über die durch Internetpornos „versauten Manieren“ vieler Männer. Für den Konsum gebe es keine Hemmschwelle mehr: Schon jeder 12-Jährige könne sich heute auf dem Smartphone den ganzen Tag lang Hardcore-Pornos angucken. Klassisch tätige Prostituierte hätten große Schwierigkeiten mit den unrealistischen Erwartungen unhöflicher und selbstherrlicher Männer. Gemeinsam mit einer Kollegin schrieb Leppert das Buch „Männernärrer – Standpauke aus dem Rotlicht“.

In Hannover widmet sich die Mediensucht-Fachstelle Return der Pornosucht – mit Therapien, Beratungen für Betroffene, Partner und Eltern, Gruppen- und Fortbildungsangeboten sowie dem Pornografie-Präventions-Fachbuch „Fit for Love?“. Diplom-Pädagoge Eberhard Freitag und seine Frau, die Diplom-Psychologin Tabea Freitag, leiten die Fachstelle. Seit der Gründung im Jahr 2008 widmet sich Return Computerspiel- und Pornosüchtigen. Rund 200 Betroffene von Pornosucht hat Return bisher betreut – 50 allein im



Immer extremere Inhalte

Shockierende Einblicke in die „Pornowelt“ von Jugendlichen bot im April die Themenwoche „Sex & Love Wir sind so frei ...“ auf 3Sat. In der englischen Dokumentation „Nur Porno im Kopf“ (s.a. unter www.youtube.de) wird der Zuschauer mit auf eine Reise genommen – über Beschreibungen mitten in die Hardcore-Szenarie im Internet, zu Schülern und einem bekennenden Pornosüchtigen sowie zu Wissenschaftlern und Therapeuten. Laut einer für die Doku in Auftrag gegebenen Umfrage gaben zehn Prozent der befragten Mädchen und 13 Prozent der Jungen an, immer extremere pornografische Inhalte zu konsumieren. Ein Fünftel der Jungen gab an, von Pornos als Stimulanz abhängig zu sein. Valerie Voon, Neurowissenschaftlerin aus Cambridge, ging dem Ganzen mit funktioneller Magnetresonanztomografie (fMRT) auf den Grund und fand bei zwanghaft Pornos Guckenden doppelt soviel Hirnaktivität im Belohnungszentrum – eine Reaktion wie bei Drogenabhängigen. Ein Kindertherapeut erklärt vor der Kamera, dass in seiner Klinik Kinder behandelt würden, die andere Kinder vergewaltigen, weil sie so traumatisiert seien. Die Dokumentation endet quasi mit einem Appell, ähnlich wie in den Niederlanden schon im Vorschulalter für sexuelle Aufklärung zu sorgen. (hin) /Foto: screenshot/3sat/youtube

Jahr 2015. Im Gespräch mit dem EPPENDORFER betonte die Autorin und Traumatherapeutin Freitag, es bestehe ein klarer Zusammenhang zwischen Pornografie und sexueller Gewalt – insbesondere, wenn bereits in jungen Jahren konsumiert werde. Dies belege etwa die Studie „Pornography, Sexual Coercion and Abuse and Sexting in Young People's Intimate Relationships: A European Study“ aus dem Jahr 2015 (<http://europepmc.org/abstract/med/26951609>).

In ihrer Praxis ist Tabea Freitag bereits 2005 mit sexuellem Missbrauch als Folge von Pornokonsum konfrontiert worden: „Brüder haben pornografische Szenen an ihren Schwestern nachgespielt – selbst in empathischen, guten Familienkontexten.“ Mit ihrem Fachbuch möchte Freitag vor allem aufklären. Viele Teenager schauten Pornos, bevor sie eigene sexuelle Erfahrungen machen. Mangels anderer Vorbilder glaubten sie, das sei normaler Sex. Der durchschnittliche Erstkonsum liege bei elf bis 13 Jahren. Einer Studie aus dem Jahr 2011 zufolge hätten 94 Prozent der 13-jährigen Jungen und 50 Prozent der gleichaltrigen Mädchen bereits Pornografie im Internet gesehen. Gemäß Studien von 2008 schauten sich ein Fünftel der männlichen Jugendlichen täglich Pornografie an, zwei Drittel mindestens einmal pro Woche. Angesichts der immer leichteren Verfügbarkeit via Smartphone sei heute von noch höheren Anteilen auszugehen. Mädchen schauten im Durchschnitt weniger häufig und weniger gern, wollten sich aber auch auskennen. In der Pornografie werde die Sexualität jedoch zu sehr auf den Lustaspekt der Männer reduziert.

Das sieht auch die britische Unternehmerin Cindy Gallop so, die schon 2009 auf einer TED-Konferenz ihre sexuellen Erfahrungen mit jungen Männern und ihre daraus resultierenden Forderungen auf den Punkt brachte. Hardcore-Pornografie sei heute de facto das neue Ausbil-

dungsmaterial, wenn es um Sexualität geht. Sie suggeriere Allgemeingültigkeit, habe jedoch nicht zwangsläufig etwas mit der Realität zu tun. Allerdings sei es Eltern zu peinlich, um mit ihren Kindern über das Thema zu sprechen, und die Bildungsinstitutionen hätten zu viel Angst davor, nicht politisch korrekt zu sein, um das Thema aufzunehmen. Es brauche Umerziehung, Rehabilitation und Neuorientierung. Gallop forderte: „Make love, not porn!“ (http://blog.ted.com/cindy_gallop_ma/).

Die Folgen des Pornokonsums sind laut

„Make love,
not porn!“

Psychologin Freitag vielschichtig und betreffen auch die Partnerinnen. Süchtige Konsumenten zeigten oft nur wenig oder kein sexuelles Interesse mehr an ihrer Partnerin, verglichen diese mit den Pornostars oder verlangten schmerzhaft Praktiken. „Manche Frauen werden darunter depressiv, andere werden die belastenden Bilder von brutalem Sex nicht mehr los, die sie am Bildschirm gesehen haben.“ Mädchen setzten sich demütigenden Sex-Praktiken aus, weil sie glaubten, das sei normal oder der Partner würde sich sonst eine andere suchen. Nicht wenige auch schon junge Männer berichteten von partieller Impotenz. „Auf der Suche nach dem immer härteren Pornokick reichen die Reize der eigenen Freundin oder Frau irgendwann nicht mehr aus“, so Eberhard Freitag. Manche gingen dann auch zu Prostituierten. Und fliege dies oder heimlicher Pornokonsum in einer Partnerschaft auf, sei die Beziehung häufig wegen zerstörten Vertrauens vom Scheitern bedroht.

Nicht jeder, der Pornos konsumiere, werde aber auch süchtig, so Eberhard Freitag. Entscheidend seien etwa das Einstiegsalter, ein hohes Reizbedürfnis, eine geringe Impulskontrolle oder auch eine narzisstische Neigung. „Doch manchmal ist nicht ganz klar, was zuerst da war: die Henne oder das Ei.“ Pornosucht sei jedenfalls nicht schichtabhängig – unter den Betroffenen seien Handwerker, Beamte oder auch Manager. Jugendliche suchten kaum Hilfe – sie verspürten meist noch keinen Leidensdruck. „Die Männer kommen oft erst, wenn ihre Beziehung in Gefahr ist“, so Freitag. Da es keine öffentliche Debatte gebe, sei sich kaum einer der Gefahren und des Suchtpotentials bewusst.

Eine Therapie sei jedoch geeignet, sowohl die Pornosucht zu besiegen als auch belastende Bilder sexueller Gewalt aus dem Kopf zu bekommen. Eine bewährte Methode aus der Traumatherapie sei etwa die „Überblendtechnik“. Wichtig bei einer Sucht sei der komplette Verzicht auf Pornografie. Es handle sich um klassisches Suchtverhalten mit sämtlichen anerkannten Kriterien wie Kontrollverlust, Dosissteigerung, Entzugssymptomen (wie etwa „unbändigem Verlangen“) sowie das billigende In-Kauf-Nehmen von negativen Konsequenzen. Bei Return treffen sich regelmäßig cleane Männer in einer Gruppe. Meist seien sie anfangs peinlich berührt, wenn sie ihren Leidensgenossen begegneten, dann aber froh, mit ihrem Problem nicht allein zu sein. Auch eine Partnerinnen-Gruppe existiert.

Damit Kinder und Jugendliche gar nicht erst Pornografie konsumieren oder sie zumindest richtig einordnen können, sei es wichtig, rechtzeitig mit ihnen zu sprechen. „Auch die Verfügbarkeit des Internets muss dem Entwicklungsstand des Kindes angepasst sein“, so Eberhard Freitag. So sollten Software-Filter zum Schutz vor verstörenden Bildern auf deren Rechner installiert werden. „Die Eltern müssen

sich klarmachen, dass ein Smartphone kein Telefon ist, sondern ein kleiner Computer, der alles kann“, so Freitag. Und: „Ein Kind wird nicht gleich zum Außenseiter, nur weil es in der 5. Klasse kein Smartphone hat.“ Es sei wichtig, die Verantwortung der Eltern zu stärken bzw. sie ihnen überhaupt bewusst zu machen. Freitag: „In einer guten Beziehung kann man es aushalten, wenn einen die Kinder auch mal ätzend finden.“ Ein großes Dilemma ist laut Tabea Freitag, dass viele Kinder – auch über die Smartphones anderer Kinder – schon früh unkontrollierten Zugang zum Internet haben. „So müssen Eltern bereits in einem Alter mit Kindern über Pornografie sprechen, in dem diese eigentlich noch gar nichts damit zu tun haben wollen.“

„Durch den Pornokonsum verpassen die Jugendlichen ihre eigene, persönliche sexuelle Entdeckungsreise“, so Tabea Freitag. Sie möchte die Jugendlichen sprachfähig machen – auf eine wertschätzende und gesichtswahrende Weise. Würde und Selbstbestimmung sind ihr wichtig. Die meisten Jugendlichen wünschten sich eine dauerhafte Partnerschaft. In ihrem an Pädagogen gerichteten Präventions-Fachbuch zeigt sie auf, was die Jugendlichen jetzt schon dafür tun können. Wichtig seien positive Bilder von Liebe und Sexualität, die Stärkung der eigenen Intuition oder auch das Wertschätzen des Schamgefühls.

Pornografie fördere dagegen eine konsumorientierte Sexualität ohne Empathie, Bindung und Verantwortung. Es sei zwar illusorisch, Pornografie zu verbannen, doch es sei wichtig, Dinge geradezurücken und zu hinterfragen.

Die Deutsche Gesellschaft für Trauma und Dissoziation e.V. warnt in einem Memorandum von 2015 davor, Pornografie zu verharmlosen und weist darauf hin, dass ein erheblicher Teil der frei zugänglichen Internet-Pornografie mit Erniedrigung, Gewalt und brutalen sexuellen Misshandlungen verbunden sei. Folge seien nicht nur schwerste körperliche und psychische Verletzungen und Traumatisierungen bei den Pornodarstellerinnen. Es entstehe auch ein dominanzgeprägtes Lustschema, das schwer in Beziehungen zu integrieren sei, die auf Vertrauen, Intimität und Respekt beruhen. Auch Kinder üben aufgrund des Pornografiekonsums mitunter sexuelle Gewalt auf jüngere aus (weitere Informationen im Internet unter www.dgt.de).

In einer Arbeit vom Juni 2012 gab sich die Sozialwissenschaftlerin Esther Stahl dagegen gelassen: „Studien geben alles in allem Entwarnung ob der Befürchtung, es wachse eine ‚verrohte Generation‘ heran.“ Dennoch solle die Internetpornografie nicht bagatellisiert werden. Es sei davon auszugehen, dass Pornografie eine ambivalente Wirkung auf Jugendliche habe. Diese sei auch abhängig von nichtsexuellen Erfahrungen in der Kindheit. Auch Professor Peer Briken, Direktor des Instituts für Sexualforschung und Forensische Psychiatrie am Universitätskrankenhaus Eppendorf, glaubt nicht an eine allgemeine sexuelle Verwahrlosung Jugendlicher. In einem Interview im Hamburg-Teil der ZEIT vom 10. März sagte er: „Auch wenn die meisten Jugendlichen schon früher im Internet Pornofilme anschauen, haben sie gute Kompetenzen zu unterscheiden, was problematisch ist und was nicht, was ihnen unreal oder geschmacklos erscheint, und was sie deswegen einfach wegeklicken.“ Gesa Lampe

(Wie umstritten das Thema Sexualpädagogik und die Haltung zur Sexualität und ihren gesellschaftlichen Ausprägungen ist, zeigt auch ein Streit-Fall in Hannover: s. Bericht auf Seite 4.)